



G20 mitten in Hamburg – tut das not?

Am 7. und 8. Juli findet eine Veranstaltung mitten in Hamburg statt, die hoch umstritten ist. Übrigens nicht nur bei „Gipfelgegnern“, auch innerhalb der Polizei hält sich die Begeisterung in Grenzen.

Die DPoIG Schleswig-Holstein ist nicht nur aufgrund ihres gutnachbarschaftlichen Verhältnisses zur Hansestadt Hamburg erzürnt, dass ein G20-Gipfel mitten in Hamburg und nicht an einem gut zu sichernden Ort außerhalb durchgeführt werden soll. Immerhin wird auch die Landespolizei Schleswig-Holstein einen erklecklichen Unterstützungseinsatz zu leisten haben, und inwieweit die Hamburger Peripherie Aktionsfläche militanter Gipfelgegner, hier sprechen wir von gewalttätigen Extremisten, sein wird, bleibt abzuwarten.

Dieser G20-Gipfel und der dazugehörige Polizeieinsatz wird sehr viele Menschen in Ham-

burg massiv beeinträchtigen. Allen ist klar, dass solch ein Gipfel nicht nur demokratische und friedliche Menschen zum Protest antreibt, sondern Fixpunkt von internationalen gewaltsuchenden Anarchisten sein wird.

Wer klaren Verstandes ist, der bezieht in seine Prognose ein, dass heftigste Angriffe von denen, die ein Gipfeltreffen auch mit Gewalt verhindern wollen, auf den Staat und seine Einrichtungen wahrscheinlich sind. An dieser Stelle reden wir auch von zu erwartenden Gewaltorgien gegen Polizeibeamte. Die Brandanschläge auf Dienstfahrzeuge sind mutmaßlich nur Geplänkel.



Erfahrungen, zum Beispiel bei den Gipfeln in Elmau und Heiligendamm, haben gezeigt, dass taktisch gut zu sichernde Objekte als Austragungsorte für Gipfeltreffen sinnvoll sind. Der Austragungsort des G20-Gipfels führt aus Sicht der DPoIG zu einer kaum zu überblickenden Erhöhung der Gefährdung für die eingesetzten Polizeibeamten. Wer in Sonntagsreden Maßnahmen zur Eindämmung von Gewalt gegen Polizisten fordert und dann eine Entscheidung trifft, den G20-Gip-

fel mitten in Hamburg stattfinden zu lassen, mit dem stimmt etwas nicht.

Es bleibt zu hoffen, dass die Befürchtungen nicht eintreten. Mindestens ist die Auswahl des Austragungsortes für den Gipfel sicherheitspolitisch fragwürdig. Das Gefühl, die Politik verheizt einmal mehr die Polizei, ist jedenfalls nicht wegzudiskutieren.

*Torsten Gronau,
Landesvorsitzender*

Umbaumaßnahme beim PR Itzehoe lässt weiter auf sich warten

Planungen seit über 25 Jahren verursachen zunehmenden Frust

Den aktuellen Tageszeitungen lässt sich entnehmen, dass im März Richtfest beim Bau der neuen Einsatztrainingshalle für die Polizei in Eutin gefeiert wurde. Rund 8,2 Millionen Euro werden dafür investiert. Das sind doch gute Neuigkeiten, denkt man sich. Denn selbstverständlich benötigt die Polizei endlich ein modernes Trainingszentrum, um die verschiedenen Einsatzszenarien professionell üben zu können.

In der PDAFB kann das aber noch lange nicht alles sein, was an Baumaßnahmen anzupacken ist. Die Gebäude versprühen allesamt den Charme vergangener Jahrzehnte, von zeitgemäßen Ausbildungs- und Unterbringungsmöglichkeiten junger Auszubildender kann da schon lange nicht mehr die Rede sein. Hier müssen Gelder in viel größeren Dimensionen in die Hand genommen werden, will man die steigenden Einstellungszahlen zufriedenstellend bewältigen. Und das

möglichst schnell, denn steigende Einstellungszahlen erhöhen den Druck auf allen Ebenen.

Nun weiß jeder, der bei der Polizei Dienst verrichtet, dass viele Wünsche lange auf sich warten lassen. Als Beispiel sei das Behördenhochhaus der PD Itzehoe genannt.

Das Gebäude stammt aus dem Jahr 1973 und hat seit Langem die besten Jahre hinter sich. Von außen macht es einen gelinde gesagt „vergrauten“ Eindruck.

Wollte man das marodeste Polizeidienstgebäude des

Impressum:

Redaktion:
Thomas Nommensen (v. i. S. d. P.)
Muhliusstraße 65
24103 Kiel
Tel. 0171.2745289
E-Mail: thomasnommensen@aol.com

Landesgeschäftsstelle:
Muhliusstraße 65
24103 Kiel
Tel. 0431.2109662
Fax 0431.38671061

Internet: www.dpolg-sh.de
E-Mail: dpolg-sh@t-online.de

DPoIG S-H bei facebook:
www.facebook.com/dpolg.sh



ISSN 0937-4841



Landes küren, das Behördenhochhaus in Itzehoe hätte die besten Chancen, den ersten Platz zu erreichen!

Seit Jahren besteht der Verdacht, dass Betonbrocken der Außenfassade herausbrechen und vorbeigehende Menschen gefährden könnten. Aus diesem Grund wurde es mit behelfsmäßigen „Laubengängen“ aus Gerüsten und Brettern versehen, was den Eindruck einer jahrelangen Dauerbaustelle verstärkt.

Aber bei öffentlichen Bauten kommt es ja ohnehin mehr auf die inneren Werte an ...

Doch hier kommen die eigentlichen Probleme zum Vorschein.

Der Platz reicht mittlerweile für die Mitarbeiter der verschiedenen Dienststellen hinten und vorne nicht mehr aus, sodass man schon über Auslagerungen einzelner Dienststellen in fremde, angemietete Gebäude nachdenkt.

Eine wirklich funktionierende Brandschutzanlage soll hoffentlich in diesem Jahr, nach jahrelanger Bautätigkeit, endlich fertiggestellt werden.

Nun stellt man doch tatsächlich fest, dass die sanitären Einrichtungen und Toiletten überhaupt nicht mehr den heutigen Ansprüchen genügen. Die

meisten Toilettenräume sind kaum mehr als einen Quadratmeter groß und die Türen lassen sich nur nach innen öffnen, sodass jemandem im Notfall kaum geholfen werden kann. Duschen stehen praktisch nicht zur Verfügung und warmes Wasser kommt nur in ausgewählten Stockwerken aus der Leitung. Besuchertoiletten sucht man vergeblich. Die Aufzählung lässt sich beliebig fortführen.

Man beginnt also mit den Planungen.

Wenn man weiß, dass es bei Baumaßnahmen in der öffentlichen Verwaltung vom Beginn der Planungen bis zum tatsächlichen Baubeginn schon gerne zehn Jahre und länger dauern kann, weiß man, wie lange die Mitarbeiter mit völlig unzureichenden und teilweise katastrophalen Zuständen werden leben müssen.

Der eigentliche Skandal im Behördenhochhaus Itzehoe ist jedoch der Umstand, dass bereits seit Beginn der 1990er-Jahre daran gearbeitet wird, den Beamten/-innen des Polizeireviers Itzehoe angemessene Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Schon damals war klar, dass die Unterbringung der Mitarbeiter, die 24 Stunden am Tag dort ihren Dienst zu verrichten haben, eigentlich unhaltbar ist.

Planungen zu einem Umbau innerhalb des Hochhauses laufen vor Ort seitdem parallel.

Im Laufe der Jahre kamen dann auch viele hochgestellte Persönlichkeiten zu Besuch. Das reichte von verantwortlichen Beamten aus den Ministerien, Verantwortlichen aus den politischen Fraktionen bis hin zu obersten Polizeiführern und Innenministern. Allen wurden die schlechten räumlichen Bedingungen dargestellt. Jeder war tief beeindruckt und voller Verständnis für den langsam lauter werdenden Unmut derer, die sich hier verschaukelt fühlen.

Etlche Zusagen, dass man sich nun persönlich der Sache annehmen wolle, mussten sich die Kollegen anhören. Die Planungen sollten nun aber Fahrt aufnehmen, mit einem baldigen Baubeginn könne gerechnet werden.

Letztlich wurde der Baubeginn nur weiterhin Jahr um Jahr weiter verschoben. An Ausreden mangelt es dabei natürlich nicht. Vorgeschoben werden meist ausbleibende Gelder, die allerdings vorher schon etliche Male zugesagt waren.

Es ist dem Mitarbeiter vor Ort ganz egal, ob die Gründe der ständigen Vertröstungen in Schwierigkeiten wegen einer „kleinen“ oder „großen Baumaßnahme“, an bautechni-



> Das Dienstgebäude der DPoIG-KV Itzehoe

schen Vorschriften, fehlendem Personal, anderen Prioritäten oder mangelnden Geldern liegen – so kann es jedenfalls nicht weitergehen. Die Politik muss hier für Abhilfe sorgen.

Dem Anschein nach ist die Behörde, die für die räumliche Unterbringung der Verwaltung in Schleswig-Holstein zuständig ist, das Gebäudemanagement Schleswig-Holstein (GMSH), nicht in der Lage, in angemessenen Fristen seinen Pflichten nachzukommen!

Es ist unfassbar, mit welcher stoischen Ignoranz den begründeten Forderungen nach einer angemessenen Unterbringung von verantwortlicher Seite über so viele Jahre begegnet wird.

Kein Wunder, dass die Motivation der Kollegen und Kolleginnen weiter leidet und Resignation zu Frust führt.

*Frank Hesse,
Kreisverband Itzehoe*

DPoIG im Dialog mit der Politik im Vorfeld der Landtagswahlen

Kurz vor der Landtagswahl 2017 traf sich der Landesvorstand der DPoIG im April mit den innen- und polizeipolitischen Sprechern der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SSW und FDP.

Für die SPD-Fraktion standen als Gesprächspartner die MdL Dr.

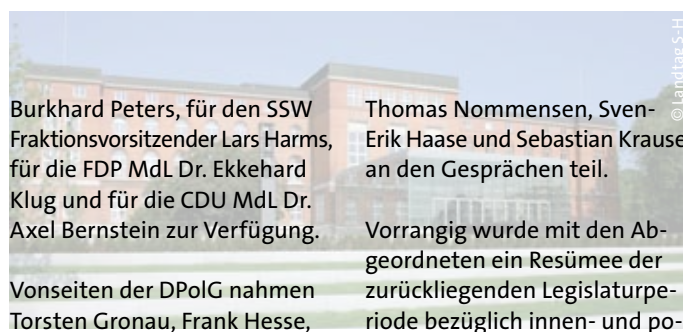
Kai Dolgner sowie Beate Raudies, für Bündnis 90/Die Grünen MdL

Burkhard Peters, für den SSW Fraktionsvorsitzender Lars Harms, für die FDP MdL Dr. Ekkehard Klug und für die CDU MdL Dr. Axel Bernstein zur Verfügung.

Vonseiten der DPoIG nahmen Torsten Gronau, Frank Hesse,

Thomas Nommensen, Sven-Erik Haase und Sebastian Krause an den Gesprächen teil.

Vorrangig wurde mit den Abgeordneten ein Resümee der zurückliegenden Legislaturperiode bezüglich innen- und po-





lizeipolitischer Themen gezogen und in dieser Hinsicht ein Ausblick auf die kommende Legislatur gewagt.

Vorrangige Themen waren die Abkehr vom Personalabbau-pfad und die Verstetigung des Personalaufbaus bei der Landespolizei, die Kompensation für langjährig Schichtdienstleistende durch Reduzierung von Wochen- und Lebensar-

beitszeit, die mögliche Einrichtung einer zweiten „stehenden“ Einsatzhundertschaft der PD AFB mit dem Mehr an Personal sowie die Entlastung der Landespolizei durch Aufgabenreduzierung (hier besonders: Schwertransportbegleitung durch Tarifpersonal). Auch die Steigerung der Attraktivität des Polizeidienstes in S-H wurde von der DPolG angemahnt. Selbstverständlich wurden die

zurückliegende Einführung der Kennzeichnungspflicht und der Polizeibeauftragten ebenfalls kontrovers besprochen.

Die Verbesserung der EDV und Internetgeschwindigkeit an Dienstrechnern, die geplante Zentralisierung der Videowachen für mobile Verkehrsüberwachung („Aggressionsdelikte“) auf nur zwei Standorte im Land sowie der Gesundheits-

schutz im Polizeidienst standen zudem auf der Tagesordnung. Schließlich wurden die besonderen Belastungen und Gefahren für die Einsatzkräfte (auch) aus S-H bei dem anstehenden G20-Gipfel im Juli in Hamburg kritisch beleuchtet.

Thomas Nommensen,
stellvertretender
Landesvorsitzender

Neues vom Sport

Kommentar von Sebastian Krause,
Kreisverband Segeberg-Pinneberg

Mens sana in corpore sano, schrieb einst der römische Dichter Juvenal. Ein gesunder Geist in einem gesunden Körper. Den Satz kennt fast jeder. Kaum bekannt hingegen ist, dass dieses Zitat in einem völlig anderen Zusammenhang entstanden ist und heute irrtümlich als sinnentfremdetes Dogma derjenigen herhalten muss, die eine kausale Analogie zwischen physischer und intellektueller Kondition konstatieren wollen. Selbstverständlich kann auch in einem invaliden und trägen Körper ein genialer Geist wohnen. Denken wir an Stephen Hawking. Für den umgekehrten Fall, athletische Menschen mit intellektuellen Defiziten, würden mir ebenfalls einige Beispiele einfallen. Dass nur in einem gesunden Körper ein gesunder Geist leben kann, gehört jedenfalls in die Welt der Unwahrheiten. Stephen Hawking würde mir da wahrscheinlich recht geben. Und Juvenal auch.

Bei der Polizei sieht die Welt indes etwas differenzierter aus: „Für die professionelle Berufsausübung der Polizei-

vollzugsbeamtinnen und -beamten ist die körperliche Leistungsfähigkeit eine Schlüsselqualifikation“, heißt es in der Präambel des Erlasses „Sport in der Landespolizei Schleswig-Holstein“. Grundsätzlich gibt es am Sportlerlass wenig auszusetzen. Sport und Bewegung entfalten eine gesundheitspräventive Wirkung und tragen zur Dienst- und Einsatzfähigkeit bei. Das ist unstrittig. Unstrittig ist auch, dass der Arbeitgeber solche dienstlichen Angelegenheiten mit einem Erlass regeln muss. Aber hier steckt der Teufel im Detail, nämlich dem verpflichtenden Sportleistungsnachweis und Fitnesstest.

Der Test sieht Laufen, Schwimmen oder Radfahren vor. Sonst nichts. Wäre nicht eigens für die Generation 50+ die Alternative „Nordic Walking“ verfügbar, könnte man den Eindruck gewinnen, das Arrangement des Fitnesstests sei auf Grundlage des Poesiealbums eines Viertklässlers determiniert worden: Meine Hobbys sind: Laufen, Schwimmen, Radfahren – fehlen nur noch Reiten und Lesen. Ob diese wenig

originelle Kollektion der Praxis des polizeilichen Einzeldienstes gerecht wird, lassen wir zunächst mal offen.

Ich kenne sehr viele Kollegen, denen der Fitnesstest keine Probleme bereitet. Laufen, Schwimmen oder Radfahren – irgendwas davon schafft fast jeder innerhalb der vorgegebenen Zeiten. Notfalls muss man halt etwas trainieren. Ich kenne aber auch einige Kollegen, die sich bisher beispielsweise im Fitnessstudio in Form gehalten haben. Die bewegen regelmäßig jede Menge Gewichte und auch sich selbst. Dass sie die geforderte Schlüsselqualifikation der körperlichen Leistungsfähigkeit besitzen, steht völlig außer Frage. Im Sprint auf ein paar Hundert Meter holen sie jeden Einbrecher ein, überwinden dabei mühelos hohe Zäune und sind dann sogar noch in der Lage, ihn wirksam festzunehmen. Aber 5 000 Meter in 25 Minuten? Das gibt ihre persönliche Biomechanik nicht her, dafür sind sie nicht trainiert. Die meisten Kollegen schaffen aber die fünf Kilometer in der vorgegebenen Zeit. Einige davon hängen allerdings auch am ersten Zaun fest oder spätestens wirkungslos am Arm des geflohenen Einbrechers. Wir stellen fest: Der Fitnesstest – Laufen, Schwimmen, Radfahren – lässt in Wirklichkeit keine

überzeugenden Rückschlüsse auf die in der polizeilichen Praxis nötige körperliche Leistungsfähigkeit zu.

Blöd, dass der verpflichtende Fitnesstest ausnahmslos für alle gilt, die nach dem 1. Januar 1981 geboren wurden. Mir ist schon klar, dass irgendwo eine Grenze gezogen werden muss, aber warum orientiert sie sich ausgerechnet am Geburtsdatum? Und warum ausgerechnet jetzt? Wäre es nicht besser gewesen, den verpflichtenden Leistungsnachweis ab dem nächsten Einstellungsjahrgang und dann für alle Altersklassen abgestuft einzuführen? Dann wäre jedem von vornherein klar, dass sich die vom Erlassgeber verlangte körperliche Leistungsfähigkeit ausschließlich über Laufen, Schwimmen und Radfahren definiert. Und warum sollte noch das vielfältige Dienstsportangebot genutzt werden, wenn man jetzt ohnehin gezwungen ist, nur diese Disziplinen zu trainieren?

Mir ist klar, dass der Sportlerlass nicht hundertprozentig schlecht ist, aber die wenigen schlechten Prozente schaffen hundertprozentig neue Probleme. Es fängt schon mit der regional divergierenden Ausföhrung des Erlasses an, aber das ist wieder ein anderes Thema ...



Fest mit der Polizei der DPolG 2017

Tanz und gute Stimmung beim DPolG-Fest im Kieler Yachtclub

Am 18. März feierte die DPolG S-H ihr traditionelles „Fest mit der Polizei“ im Hotel Kieler Yachtclub.

Rund 200 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte sowie zahlreiche Freunde der Polizei aus dem ganzen Land ließen es sich nicht nehmen, auch in diesem Jahr wieder in stilvoll-maritimer Atmosphäre sowie bei guter Livemusik, für die wiederum die bewährte Band „Bella Musica“ sorgte, das Tanzbein zu schwingen.

Unter den Ehrengästen des Abends konnten Innenminister Stefan Studt (SPD), Finanzministerin Monika Heinold (Bündnis 90/Die Grünen), der stellvertretende Stadtpräsident von Kiel, Robert Vollborn (CDU), sowie der polizeipolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Axel Bernstein, begrüßt werden. Auch der neu im Amt befindliche Landesbundvorsitzende des Deutschen Beamtenbundes S-H (dbb), Kai Tellkamp, beehrte die DPolG mit seiner Anwesenheit bei ihrem Fest.

Entsprechend des bedauerlicherweise sehr aktuellen Motos, unter dem die Veranstaltung in diesem Jahr

ausgerichtet wurde („Zunehmende Aggression und Gewalt gegen Behördenmitarbeiter – ein gesellschaftliches Problem von großer Tragweite“), richtete Innenminister Stefan Studt zu Beginn ein paar Worte an die Gäste. Er unterstrich hier-

erfolgreich begegnen zu können.

Bei Tanz bis in den frühen Morgen, einem Showprogramm, bestehend aus der Parodistin Lina Lärche sowie der allseits beliebten Tombola mit zahlrei-



> Innenminister Stefan Studt spricht sein Grußwort.



> Ein Platz zum Wohlfühlen in maritimer Atmosphäre: der Kieler Yachtclub.

bei die große Bedeutung des Themas und betonte, dass es aus seiner Sicht vermehrter Anstrengungen von Politik, aber auch Gesellschaft bedürfte, um steigenden Gewaltdelikten gegen Behördenmitarbeiter angemessen und

chen hochwertigen Preisen, konnte das ernste Motto der guten Stimmung beim Fest keinerlei Abbruch tun.

Unser Dank gilt dem Team vom Hotel Kieler Yachtclub, den Mitgliedern der Band „Bella

Musica“ und nicht zuletzt den Gästen aus nah und fern, die die DPolG S-H Jahr um Jahr bei ihrem Fest begrüßen darf.

Thomas Nommensen,
stellvertretende
Landesvorsitzender

> Tanz bis in den frühen Morgen und gute Gespräche im Kieler Yachtclub.

